

Gemeinsame Erklärung Sozialistische Einheitspartei Deutschlands - Sozialistische Partei Japans

Eine Delegation der Sozialistischen Partei Japans unter Leitung des Vorsitzenden des Zentralen Exekutivkomitees, Masashi Ishibashi, besuchte auf Einladung des ZK der SED die DDR. Sie wurde am 23. September 1985 vom Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Erich Honecker, empfangen.

Die höchsten Repräsentanten der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Sozialistischen Partei Japans führten im Geiste der traditionellen freundschaftlichen Beziehungen beider Parteien Gespräche über die internationale Lage und den Kampf um die Sicherung des Friedens, gegen die Gefahr eines nuklearen Weltkrieges und für die atomare Abrüstung, über die Situation in Europa und Asien sowie über die Beziehungen zwischen der DDR und Japan und zwischen beiden Parteien. Das Treffen verlief in einer freundschaftlichen und offenen Atmosphäre.

Die SED und die SP Japans stimmen darin überein, daß der Weltfrieden durch die atomare Rüstungseskalation heute mehr denn je bedroht ist, die Gefahr eines Nuklearkrieges zunimmt und die Existenz der gesamten Menschheit auf dem Spiel steht.

Das Vermächtnis der vielen Millionen Toten des zweiten Weltkrieges, nicht zuletzt der Opfer des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki, erfordert, alle Kräfte für das friedliche Zusammenleben der Völker, für eine Welt ohne nukleare Bedrohung einzusetzen. Der Frieden ist das wertvollste Gut der Menschheit. Zur friedlichen Koexistenz gibt es keine vernünftige Alternative. Beide Seiten stimmen darin überein, daß die Verhinderung eines atomaren Infernos und die nukleare Abrüstung bis hin zur umfassenden und vollständigen Beseitigung aller Kernwaffen die dringlichste Aufgabe der Gegenwart darstellen.

Die SED und die SP Japans sind der festen Überzeugung, daß durch verstärkte Anstrengungen aller, denen der Frieden teuer ist, ein Weltbrand verhindert werden kann.

Sie erklären ihren entschiedenen Widerstand gegen die Militarisierung des Weltraums und wenden sich deshalb gegen das sogenannte SDI-Projekt der USA, das der Vorbereitung eines Stemenkrieges dient und die atomare Kriegsgefahr weiter erhöht. Beide Parteien sind gemeinsam der Auffassung, daß im Interesse der Zukunft der Menschheit die Militarisierung des Weltraums auf keinen Fall zugelassen werden darf. Es sollte so schnell wie möglich ein internationaler Vertrag gegen die Militarisierung des Kosmos abgeschlossen werden, der die Verwirklichung solcher Pläne wie die sogenannte »strategische Verteidigungsinitiative« verbietet.